

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 1

Rubrik: Dossier : Frankreich

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Robert Nef

FRANKREICHS WILLE ZUR VORMACHT

Es gehört zu den Eigenheiten der «Idee Europa», dass jede Nation ihre eigenen Mythen und Vorurteile in den «gemeinsamen Topf» wirft, und zwar sowohl jene, welche die eigene Rolle betreffen, als auch jene über die Rolle der Partner.

In seiner oft zitierten Rede an die akademische Jugend der Welt, die Winston Churchill 1946 in der Aula der Universität Zürich gehalten hat, findet sich der für die Nachkriegszeit so bedeutsame Aufruf zur Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland: *«Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss durch die Partnerschaft Frankreich-Deutschland geschehen.¹»* Das im britischen Commonwealth verankerte Grossbritannien gehörte nach Churchills Überzeugung nicht zu dieser Völkerfamilie. Grossbritannien sowie *«das mächtige Amerika und ich möchte glauben auch die Sowjetunion – denn dann wäre tatsächlich alles gut»*, sollte seine Rolle als Freund und Förderer dieses neuen Europa spielen. Die subtile Unterscheidung zwischen europäischen «Familienangehörigen», «Freunden» und «Förderern» ist im britischen Selbstverständnis tief verwurzelt, und sie wirkt bis heute nach. Eine weitere Subtilität in dieser – zu Recht oder zu Unrecht – als ein «Geburtsdokument» der Europäischen Union gefeierten Rede ist die bemerkenswerte Charakterisierung und Begründung der französisch-deutschen Partnerschaft. *«Nur so wird Frankreich seine Führerrolle in Europa zurückgewinnen...»* Während Churchill mit der Verwandtschafts- und Freundschaftsmetapher an eine in der britischen Mentalität tief verwurzelte britische Geschichtsdeutung

anknüpfte, traf er mit seiner Umschreibung der ungleichen Rollenverteilung in der französisch-deutschen «Partnerschaft» wohl einen Kern des traditionellen französischen Selbstverständnisses: Frankreich, die angestammte Führungsmacht auf dem europäischen Kontinent... Ob diese Sicht der Dinge mehr von der Intuition des Historikers oder von der Courtoisie des Alliierten oder vom politisch-psychologischen Kalkül des Politikers beeinflusst war, mag hier dahingestellt bleiben.

Partnerschaft durch Konsens und versteckten Dissens

Jede Partnerschaft basiert – wenigstens teilweise – auf einer Mischung von Verständnis und Missverständnis, von zutreffenden und unzutreffenden Bildern, die man sich von sich selbst und von den andern macht. Die Feindbilder, welche in den blutigen innereuropäischen Kriegen eine unselige Rolle gespielt haben, beruhen auf der Übersteigerung und Verzerrung solcher Bilder und Mythen. Aber auch verzeichnete und verfälschte «Freundbilder» und «Selbstbilder» sind nicht gefahrlos, und sie sollten bei der Begründung von Partnerschaften nicht verdrängt werden. Churchill hat in seiner Zürcher Rede die geschichtsprägenden Rollenbilder angesprochen: Grossbritannien, der weltoffene, aber distanzierte und

¹ Zit. aus: Churchill: «Chronik eines glorreichen Lebens», dt. Übersetzung von «Churchill – The Life Triumphant», o. J., Rapperswil, S. 159 ff.

eigenständige «Freund und Helfer» (Stichwort: Interesse), Frankreich, «die geistige Führungsmacht» (Stichwort: Ruhm), und Deutschland, der tüchtige, zukunftssträchtige und zunehmend vertrauenswürdige Partner (Stichwort: Erfolg), den man – mit gewissen Vorbehalten – als gleichwertig akzeptiert, solange seine Dynamik eingebunden bleibt. Diese «Dreiecksbeziehung» ist in der neueren europäischen Geschichte immer wieder empfindlich gestört gewesen, weil eben diese Rollenbilder nicht durchwegs und allseits akzeptiert wurden und werden und weil sie nicht bzw. nicht mehr mit der wirtschaftlichen und machtpolitischen Realität übereinstimmen.

Das Auseinanderklaffen von Wunsch und Wirklichkeit ist in menschlichen und politischen Gemeinschaften nichts Aussergewöhnliches. Jede vertragliche Partnerschaft beruht auf einem offenen Konsens und einem versteckten Dissens, den man zwar ahnt, über den man aber normalerweise grosszügig hinwegsieht. Oft ist – wie bei einem Eisberg – der verborgene Teil der grössere und der für die Stabilität entscheidende.

Schwierige deutsch-französische Verwandtschaft

Frankreichs Verhältnis mit Deutschland ist kein Verhältnis der Freundschaft, sondern ein Verhältnis der Verwandtschaft, was die Beziehung vertieft, aber nicht vereinfacht. Spätestens nach der Niederlage in Indochina und nach der Lostrennung Algeriens vom «Mutterland» hat Frankreichs Elite eingesehen, dass der Mythos der *Grande Nation* und der historische Anspruch als geistig führende Weltmacht in keinerlei Hinsicht mehr mit der Realität übereinstimmte. General *de Gaulle* ist es gelungen, den geordneten Rückzug aus dieser Illusion anzuführen, indem er wenigstens den Führungsanspruch auf dem europäischen Kontinent aufrechterhielt. Dass Frankreich auch diese Führungsrolle nicht ganz aus eigener Kraft bestreiten konnte, war für *de Gaulle* eine nicht zu leugnende, aber schmerzliche Tatsache. Die Franzosen fühlen sich zwar geistig und kulturell gegenüber den «deutschen Verwandten» immer noch überlegen, aber sie bewundern doch mehr oder weniger

.....

*Die Franzosen
fühlen sich zwar
geistig und kultu-
rell gegenüber
den «deutschen
Verwandten»
immer noch über-
legen, aber sie
bewundern doch
mehr oder weni-
ger offen deren
Tüchtigkeit,
Leistungs-
fähigkeit
und Disziplin.*

.....

offen deren Tüchtigkeit, Leistungsfähigkeit und Disziplin. Die Bemerkung «*on n'était jamais mieux qu'avec les boches*» kann man – hinter vorgehaltener Hand – in konservativ grossbürgerlichen Pariser Kreisen auch heute noch hören. Der Mythos der französisch-deutschen Beziehung beruht auf der Hoffnung, dass sich französisches *génie* und französischer *esprit* mit deutschem Fleiss und deutscher Gründlichkeit verbinden möge nach dem Motto: Gemeinsam mit dem Leistungspotential der Deutschen (und aufgrund der französischen geistigen Führung) wird Frankreich wieder zur Vormacht Europas und Europa zur Vormacht der Welt.

Und wie wird dies auf deutscher Seite wahrgenommen? Grob vereinfacht etwa so: Lassen wir doch den Franzosen diesen Glauben, gönnen wir ihnen dieses Gefühl, und vermeiden wir alles, was die Angst vor der deutschen Vormacht schürt... Die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten in der Bundesrepublik wissen, wie unattraktiv es ist, gefürchtet und gehasst zu werden. Sie dürsten nach internationalen Streicheleinheiten und nach der Bestätigung als demokratisch-rechtsstaatliches Musterland, mit einer bewältigten Vergangenheit, unter die endlich ein Strich gezogen werden kann. Natürlich weiss man in der Bundesrepublik um die eigene Bedeutung und Stärke. Deutschland ist zur europäischen «Zentralmacht» geworden – wider den Willen seiner Elite. So stehen wir vor der paradoxen, aber vielleicht doch stabilen Partnerschaft von zwei Nationen, von denen die eine gerne Führungsmacht wäre, aber eigentlich ahnt, dass sie es nicht mehr ist, mit einer anderen Nation, die de facto die Führungsmacht ist, aber – im eigenen Interesse – alles daransetzt, zu vermeiden, dass dies so wahrgenommen wird. Dies ist wohl der Hauptgrund, wieso sich die Deutschen dem unter- und hintergründigen Führungsanspruch ihres Partners nicht offen widersetzen. Man sollte die Analogie dieser Beziehung mit real existierenden Ehen nicht strapazieren, aber solche – nur teilweise bewussten – partnerschaftlichen *deals* sind nicht allzu selten und durchaus auch auf die Dauer funktionsfähig.

Scharfsinnig beobachtete Nachbarn – aus Schweizer Sicht

Das schwierige Verhältnis der beiden Nachbarn Deutschland und Frankreich ist in der Schweiz immer wieder ein zentrales Thema historischer und sozialwissenschaftlicher Reflexion gewesen. Der Historiker *Peter Dürrenmatt* hat in seinem Vortrag «Totes und lebendiges Europa» (Basel 1953, S. 23) davor gewarnt, den deutsch-französischen Gegensatz wegzudisputieren. Er empfiehlt aber, ihn in eine «*sinnvolle Spannung*» hinüberzuführen. Er attestiert den beiden Völkern ein völlig verschiedenes Lebensgefühl, bringt aber in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass sie sich «*in ihrer europäischen Bezogenheit ergänzen wie Mann und Frau in der Ehe*».

Der heute viel zu wenig bekannte Historiker und Essayist *Herbert Lüthy* (wann kommt es endlich zu einer Gesamtausgabe seiner grösstenteils vergriffenen, aber höchst lesenswerten Bücher und Essaysammlungen?) analysiert in seiner brillant geschriebenen Geschichte der Vierten Republik mit dem vielsagenden Titel «*Frankreichs Uhren gehen anders*»² den anspruchsvollen Weg dieser Nation, den er als Rückzugsgefecht deutet, in dem sich eine höchst differenzierte Ordnung, «*gegen die bloss technische Organisation der modernen Welt zu bewahren versucht*». «*Frankreich lässt sich nicht synchronisieren*», heisst es lapidar im Klappentext. Gilt Gleiches – auf den Weltmassstab übertragen – für ganz Europa?

Hat Frankreich mit seinem Recht, «*sich in seinen eigenen Schmerz zurückzuziehen*» (wie Lüthy Präsident *Vincent Auriol*

Auch verzeichnete und verfälschte «*Freundbilder*» und «*Selbstbilder*» sind nicht gefahrlos.

² Herbert Lüthy: «*Frankreichs Uhren gehen anders*», 2. Auflage, Zürich 1954.

zitiert), etwas vom europäischen Schicksal vorweggenommen? Einer der für die Europäische Union zunehmend belastenden Faktoren ist die Tatsache, dass die jeweiligen Eliten mit den hier abgehandelten Subtilitäten gut zu Rande kommen, dass aber die in den Völkern tief verankerten Vorurteile dadurch nicht kleiner werden. Europaweit und weltweit ist internationale Solidarität eine knappe Ressource, und die Begeisterung, welche sie vermehren kann, ist schnell einmal verpufft. Je mehr und je schneller man Solidarität von oben erzwingen will, desto gründlicher zerstört man die spontane Bereitschaft dazu, die nur als Frucht positiver praktischer Erfahrungen wächst. Während die Eliten an Konferenzen die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union feiern und das Anschlussprogramm an den missratenen und überholten Vertrag von Maastricht diskutieren, wird im immer noch nationalistisch empfindenden Fussvolk das Murren unüberhörbar. Zwei Drittel bis drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind beispielsweise aufgrund von Umfragen gegen eine gemeinsame Währung, und in Frankreich ist die Situation ähnlich.

Herbert Lüthy resümiert das Anliegen in seinem bereits erwähnten Buch folgendermassen: «*Wenn dieses Buch einen Nutzen haben kann, dann den, zu zeigen, dass der Weg nach Europa für Frankreich länger und schwieriger ist als für manche seiner Partner (...) Es scheint, dass Europa eine Gnadenfrist gewährt ist, die auch der grössten revolutionären Tugend noch Raum gewährt: der beharrlichen Geduld.*» Dies ist – auch vierzig Jahre darnach – eine durchaus gültige Schlussfolgerung. ♦

SPLITTER

Quel homme dans Paris est animé de l'amour du bien public? On joue, on soupe, on médite, on fait des mauvaises chansons, et on s'endort dans la stupidité, pour recommencer le lendemain son cercle de légèreté et d'indifférence.

VOLTAIRE, Lettre à un premier commis, 20 juin 1733, Choix de lettres, Paris 1889, p. 72

Rudolph Chimelli

ist 1928 in München geboren. Nach dem Studium der Rechte ist er seit 1979 Frankreich-Korrespondent der «Süddeutschen Zeitung» mit längeren Aufenthalten als Korrespondent in Beirut (1964–1972), in Moskau (1972–1979), in Indien (1992) und Ruanda (1994). Veröffentlichungen: «7mal Moskau», Piper, München und Zürich 1987; «Matrioschka» (Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion), Vontobel, Zürich 1991; «Islamismus», Vontobel, 1993.

FRANKREICH UND DER MITTELMEERRAUM

Zum Mittelmeer hat Frankreich ein mythisch-affektives Verhältnis. Hier sind die Wurzeln seiner Kultur, jedenfalls jene, die von den Franzosen als prägend empfunden werden.

Sowohl die Erfolge der kolonialen Ausdehnung im 19. Jahrhundert als auch ihre schmerzhaftesten Rückschläge hatten den Mittelmeerraum zum Schauplatz. Bonapartes Zug nach Ägypten, orientalistische Bilder wie die von Delacroix legen noch immer einen romantischen Schimmer über die volkstümliche Vorstellung vom Süden. Bis heute bleibt «Carmen» die bei weitem am meisten gespielte Oper. Debussys «La mer» oder auch Ravels Orchesterwerke suchen mit ihren Klangfarben das Mediterrane. Nicht zufällig nannte Frankreichs erster Unternehmer des Massentourismus, der auf die Sehnsüchte nach Farben und Licht des Mittelmeers spekulierte, sein Ferienkonzept Club Méditerranée. Bedrohung kam, so weit die historische Erinnerung reicht, stets von Osten oder von jenseits des Kanals, nie von Süden. Zwei Ereignisse, der Zusammenbruch des Sowjetimperiums und der Aufstieg des militanten Islamismus, haben bewirkt, dass dies nicht mehr stimmt.

Südflanke als neue strategische Priorität

Erstmals seit Jahrhunderten gibt es östlich des Rheins keine militärisch-politische Macht, die Frankreichs Sicherheit in Frage stellen könnte. Dafür ist Europas Südflanke verwundbar geworden, wenn auch nicht durch kriegerische Mittel im herkömmlichen Sinne. Die Militärs reagierten auf die veränderte Ausgangslage am schnellsten. Noch bevor der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien aufflammte, legte eine Direktive des Generalstabs fest, dass die Streitkräfte künftig ihre Verteidigungsaufgaben in erster Linie in Richtung Süden und Südosten sehen müssten. Das langfristige Rüstungsprogramm ist auf Intervention in lokalen Konflikten und auf die Kontrolle revolutionärer Instabili-

lität südlich und östlich des Mittelmeers zugeschnitten.

Durch militärische Kooperation sucht Frankreich im Nahen Osten vor allem jene Regime zu stärken, die den islamischen Fundamentalismus bekämpfen. Das saudi-arabische Königshaus und andere traditionalistische Monarchien der Arabischen Halbinsel befinden sich darunter ebenso wie Republiken, die sich nationalarabisch, sozialrevolutionär oder laizistisch geben. Besonders breit ist das Spektrum der Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien. Als im November 1979 religiöse Extremisten die Grosse Moschee in Mekka besetzten, konnten die Regierenden die Revolte erst nach zwei Wochen niederschlagen, als sie eine französische Antiterrorismus-Einheit zu Hilfe riefen. Die Franzosen mussten zu diesem Zweck schnell ihren formellen Übertritt zum Islam vollziehen, um den für Ungläubige gesperrten heiligen Bezirk von Mekka betreten zu dürfen. Fast auf den Tag genau 15 Jahre später reiste Innenminister Charles Pasqua nach Riad, vordergründig, um eine Vereinbarung über Grenzsicherung zu unterzeichnen, tatsächlich, um die Saudis zum Austrocknen der Finanzhilfe zu bewegen, die Islamisten in Nordafrika wie in Europa teils von reichen Privatleuten im Königsreich, teils auch von Angehörigen der regierenden Familie zufließt.

Rüstungsgeschäfte im Nahen Osten

Zwischen beiden Daten, deren Abstand die Dauerhaftigkeit der Probleme sichtbar macht, liegen gewaltige Rüstungsgeschäfte der Franzosen mit Saudi-Arabien. Zuletzt wurden im November 1994 zwei moderne Fregatten mit Raketenwerfern im Wert von 19 Milliarden FF bestellt. Auch Kuwait, mit dem Frankreich ein in seiner Substanz sehr vages Verteidigungsabkommen hat, verfügt über Mirages und fran-

zösische Raketen. Hinter vorgehaltener Hand stellen Militärs freilich die Frage, ob dieses Arsenal mehr die Verteidigungsbereitschaft der Golf-Monarchien oder die Solvenz der – zum grossen Teil staatlichen – französischen Rüstungsfirmen stärkt.

Zwei Jahrzehnte lang war der Irak Frankreichs engster Partner im Nahen Osten. Bevor *Saddam Hussein* im Sommer 1990 durch die Annexion Kuwaits zum «neuen Hitler» wurde, lieferte ihm Frankreich 210 Mirage-Kampfflugzeuge, 80 Gazelle-Hubschrauber, 100 Abschuss-einrichtungen für Hot- und Milan-Raketen, nicht zuletzt auch jenen potentiell zur Bombenproduktion geeigneten Atomreaktor Osirak, den die Israeli zu Beginn des irakisch-persischen Krieges durch einen Luftangriff zerstörten. Während jenes ersten Golfkonflikts gingen zeitweise 80 Prozent der französischen Exocet-Produktion in den Irak. Fünf Super-Etendards aus Beständen der französischen Luftwaffe zusammen mit 40 Beratern, von denen einige Kampfeinsätze über dem Iran begleiteten, wurden den Irakern leihweise überlassen. Für den Kriegsausgang spielten französische Panhard-Panzerwagen und 155-Millimeter-Geschütze eine erhebliche Rolle. Dass Saddam Hussein die Macht mit Mord und Terror erobert hatte und behauptete, beeindruckte Paris ebenso wenig wie sein Gaskrieg, erst gegen Perser, dann gegen Kurden. «*Ein starker Irak ist für das Gleichgewicht der Region notwendig*», sagte der ehemalige sozialistische Aussenminister *Claude Cheysson* noch Monate nach der Besetzung Kuwaits. Frankreichs Beteiligung am zweiten Golfkrieg an der Seite der USA wurde von linken Gaulisten und Sozialisten, von Intellektuellen mit Drittweltgesinnung, von Wirtschaftskreisen nur widerwillig hingenommen. Verteidigungsminister *Jean-Pierre Chevènement* gab sein Missvergnügen offen zu erkennen und trat später zurück. Im Frühling 1993 konstituierte sich, vorwiegend aus der neogaullistischen RPR, wieder eine Freundschaftsgruppe von Parlamentariern in der Nationalversammlung. Sie agiert für Normalisierung der Beziehungen zu Bagdad und Aufhebung des Embargos. Der irakische Vizepräsident *Tarik Asis* kam mit einem Visum, das ihm aus humanitären Gründen erteilt wurde, zur medizinischen Behandlung nach Paris, liess

Aus Jacques Faizant,
Ça coince! Karikaturen
im «Figaro», Paris 1994,
Denoël.



Zwei Jahrzehnte
lang war der Irak
Frankreichs
engster Partner
im Nahen Osten.

sich aber auch in den besten libanesischen Restaurants sehen. Umgekehrt war Chevènement im Herbst 1994 der erste prominente Besucher aus Frankreich in Bagdad.

Das oberste Leitmotiv solcher Versuche eines neuen Anlaufs ist noch immer die Vorstellung, der Irak sei als «laizistisches Bollwerk» gegen Revolutionsexport durch die Islamische Republik Iran unentbehrlich. Bagdad ist nach dieser Logik der Dominostein, durch dessen Fall auch jene Regime fortgerissen würden, die den Islamisten in Jordanien und Palästina, auf der Arabischen Halbinsel, im Niltal und in Nordafrika widerstehen. Es fällt schwer, keine Parallele zwischen dieser Analyse und dem Konsens zu ziehen, mit der französische Politiker fast aller Parteien nach 1954 auf den algerischen Aufstand reagierten. Damals galt es in Paris als ausgemacht, die FLN-Rebellion sei vorwiegend eine Folge von Agitation, Geld und Waffenschmuggel aus dem Ägypten Nassers; werde der Brandherd in Kairo gelöscht, so glaubte man, gehe auch das algerische Feuer aus. Diese Einschätzung trug wesentlich dazu bei, dass Frankreich sich 1956 dem britisch-israelischen Suez-Unternehmen anschloss, das zwar mit einer militärischen Niederlage Nassers, aber mit dessen politischem Triumph endete. Sechs Jahre später war Algerien unabhängig. Heute dürfte die Bollwerk-Theorie die Attraktivität überschätzen, die das schiitische Teheran auf arabisch-sunnitische Fundamentalisten ausübt. Sie übersieht zugleich die objektiven Gründe für den Aufstieg des Islamismus – Armut, Über-

völkerung, das Scheitern westlicher wie sozialistischer Entwicklungsmodelle.

Antiamerikanische Rhetorik und Gestik

Das zweite Leitmotiv ist eine gehörige Dosis Antiamerikanismus. Ein Diplomat, der frisch aus dem Quai d'Orsay an eine französische Botschaft abgeordnet worden war, konsultierte seinen Botschafter während des Einführungsgesprächs über Frankreichs Politik gegenüber dem Gastland. *«Unsere Politik ist, dass wir uns jeden Morgen fragen, wie wir den Amerikanern den Tag versauen können»*, antwortete sarkastisch der Botschafter. Dies trug sich in einer Hauptstadt der westlichen Hemisphäre zu, hätte aber auch im Nahen Osten geschehen können. Seit *Charles de Gaulle* während des Sechstagekrieges das Steuer herumwarf und von dem proisraelischen Kurs, den Paris bis dahin gleich den anderen Westmächten gefahren war, an die Seite der Araber schwenkte, ist es üblich geblieben, von einer eigenständigen Nahostpolitik Frankreichs zu sprechen. Der General hatte die Vision, Frankreich könnte mit flankierender Hilfe der Araber und anderer Regionen der Dritten Welt sowie gestützt auf seine entstehende *«Force de Frappe»* zum Wortführer der EG werden und damit seinen Grossmachtrang aufbessern. De Gaulles Idee war möglicherweise schon damals unrealistisch. Heute sind davon allenfalls Rhetorik und Gesten erhalten. Der oft erstrebte europäisch-arabische Dialog wurde zum Gespräch zwischen Gehörlosen. An einer dritten Kraft zwischen Washington und Moskau besteht nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kein Bedarf mehr. Der Friedensprozess mit Israel hat den Arabern mehr als alles andere deutlich gemacht, dass sie mit Washington reden müssen, wenn sie in Tel Aviv etwas erreichen wollen. Die Russen können weder Pressuren noch Hilfe leisten, die Ohnmacht der Europäer, nach dem bosnischen Debakel noch offensichtlicher, wird diplomatisch vernebelt. Sein einstiges Reservat Libanon, wo es seit Jahrhunderten als Schutzmacht der maronitischen Katholiken galt, hat Frankreich de facto der syrischen Hegemonie überlassen. Paris reagiert mehr auf die Ereignisse, statt zu agieren, sucht Schäden zu begrenzen

.....

An einer dritten
Kraft zwischen
Washington
und Moskau be-
steht nach dem
Ende des Ost-
West-Konflikts
kein Bedarf
mehr.

.....

und Fundamentalismus einzudämmen. Gelegentlich werden Ärger und Resignation sichtbar, so wie beim zweiten irakischen Truppenaufmarsch gegen Kuwait im Herbst 1994: Abermals waren die Franzosen für die Entscheidungen über ihre eigene Politik auf die Ergebnisse der Satelliten-Aufklärung angewiesen, die ihnen die Amerikaner lieferten.

Algerien: Frankreichs Trauma

Der Aufstand der algerischen Fundamentalisten, die sich durch den Staatsstreich der Armee vom Januar 1992 um den sicheren Wahlsieg der Islamischen Rettungsfront FIS betrogen fühlen, ist nicht allein gegen das Regime, sondern in mehrfacher Hinsicht auch gegen Frankreich gerichtet. Die Schicht der Funktionäre, Offiziere und Intellektuellen, die das öffentliche Leben seit der Unabhängigkeit bestimmt, ist für die Islamisten im Bürgerkrieg *«die Partei Frankreichs»*. Französische Sprache, französische Verwaltungsformen, französischer Schulunterricht, Universitätsfakultäten nach französischem Modell waren zwar schon seit eineinhalb Jahrzehnten auf dem Rückzug. Aber für die Mehrheit jener, die bis jetzt den Ton angeben, ist Frankreich noch immer das uneingestandene Vorbild, Paris die heimliche Hauptstadt. Wer französisch erzogen ist, hat die besseren Berufschancen, wer arabisch aufwuchs, die schlechteren oder gar keine. Für die Islamisten verkörpert Frankreich den verderbten Westen. Wenn sie siegen, hat Frankreich endgültig den Kulturkampf verloren. Noch dazu hat Paris in den Augen der Fundamentalisten Partei für das Regime ergriffen. Während Washington die *«Exzesse der Unterdrückung»* verurteilt und die anderen Europäer sich um Abstinenz bemühen, macht kein Verantwortlicher in der französischen Hauptstadt ein Geheimnis daraus, dass er den Sturz des jetzigen Regimes als Anfang der Destabilisierung ganz Nordafrikas sieht. Rachemorde islamischer Extremisten an bisher zwei Dutzend der wenigen in Algerien verbliebenen Franzosen sind die andere Seite der Medaille. Von Eingeweihten wird vermutet, es sei gegenwärtig das Hauptinteresse der Pariser Regierung, einen Sturz des algerischen Regimes wenigstens bis zur französischen Präsidenten-

wahl aufzuhalten. Auch die Razzien gegen Fundamentalisten in der überwiegend aus Nordafrika stammenden muslimischen Diaspora Frankreichs sind offensichtlich dazu bestimmt, den algerischen Rebellen die strategische Etappe zu entziehen. Denn wie der Wähler auf eine Flüchtlingswelle aus Algerien reagieren würde, darüber wagt niemand eine Prognose. Die Vorstellung nordafrikanischer Boat People ist nicht nur für die Bewohner Südfrankreichs, sondern auch für Andalusier und Sizilianer ein Alptraum. Bereits zum zweiten Mal haben im November gemeinsame Übungen französischer, spanischer und italienischer Streitkräfte stattgefunden. Diesmal probten mehrere tausend Mann im Hinterland der spanischen Südküste, das Algerien geographisch sehr ähnlich ist, eine Landeoperation zur Evakuierung bedrohter Europäer. Erstmals seit 1966 hatte der französische Verteidigungsminister *François Léotard* im September an einer Nato-Ministertagung in Sevilla teilgenommen. Auf Verlangen Spaniens wurden «Sicherheitsprobleme im Mittelmeer» diskutiert. Die Bildung einer 15 000 Mann starken gemeinsamen Interventionsgruppe, die aus Marine- und Luftwaffeneinheiten bestehen soll, einer Art Eurocorps des Südens, wird erwogen.

Erstmals seit 2000 Jahren: Übergewicht des Südufers

Da in Frankreich die Konfession der Einwohner nicht gezählt wird, weiss niemand, wie gross die muslimische Diaspora ist. Schätzungen bewegen sich zwischen drei und fünf Millionen – Ausländer, Einwanderer, ihre im Lande geborenen Kinder, Konvertiten eingerechnet. Wie viele von ihnen auf die Fundamentalisten hören, ist noch schwerer zu sagen. Zweifellos ist es eine kleine Minderheit. Während des zweiten Golfkriegs blieb sie ruhig. Befürchtungen, eine fünfte Kolonne könnte tätig werden, bewahrheiteten sich nicht. Medienwirksame Vorgänge wie der Streit um die Kopftücher muslimischer Schulkinder oder die Razzien auf Extremismusverdächtige haben einen gewissen Solidarisierungseffekt. Auch zu einer öffentlichen Absage an die Islamisten sind nur relativ wenige Muslime in Frankreich

.....

*Die Vorstellung
nordafrikanischer
Boat People
ist nicht nur für
die Bewohner
Südfrankreichs,
sondern auch
für Andalusier
und Sizilianer ein
Alptraum.*

.....

bereit: Wer in Algerien die Macht hat oder morgen haben könnte, wer die Auslandsvertretungen kontrolliert und sich an den im Land verbliebenen Angehörigen schadlos halten kann, darf auf eine gewisse Loyalität rechnen. Eine Machtergreifung der Fundamentalisten und eine Massenflicht militanter FIS-Gegner könnte den zweiten algerischen Bürgerkrieg über Nacht nach Frankreich verlagern. Situationen wie diese hatte de Gaulle vermeiden wollen, als er Algerien in die Unabhängigkeit entliess. Zwar wurde er 1958 von einer Volksbewegung an die Macht getragen, weil eine Mehrheit der Franzosen ihn für den entschlossensten Verfechter der *Algerie française* hielt. Heute weiss man, dass der General Algerien seit 1956 für verloren gab. «Können Sie sich 400 algerische Abgeordnete in der Nationalversammlung oder einen muslimischen Präsidenten der Republik vorstellen?» fragte er damals vertraute Mitarbeiter. Früher als andere dachte der General an die Demographie. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg war das Mittelmeer ein europäisches Gewässer. An seinem Nordufer lebten 140 Millionen Menschen, 70 Millionen auf der anderen Seite. Französische Experten registrierten, dass 1900 ein Meilenstein überschritten wurde. Erstmals seit 2000 Jahren hat nun der Süden mit 200 gegen 190 Millionen Einwohner das Übergewicht. Schon im Jahr 2000 wird das Verhältnis 270 zu 200 Millionen sein, im Jahre 2020 aber 370 zu immer noch 200 Millionen.

Verschiebungen dieses Ausmasses sind nach Meinung französischer Demographen nie ohne Folgen. Als sich im Jahre 1250 die Kreuzritter aufmachten, hatte Europa schätzungsweise 57 Millionen Einwohner, der Orient 22 Millionen. Die grosse Auseinandersetzung des Mittelalters zwischen Abendland und Morgenland war religiös motiviert. Aber Europa konnte sich diese Eruption von Menschen leisten. Im 19. Jahrhundert, als das Mittelmeer-Nordufer fünfmal so viel Einwohner hatte wie das Südufer, kam die Kolonisierung in Gang. Langfristig ist es eine der grössten aussenpolitischen Sorgen Frankreichs, nicht mit Spanien und Italien allein zu bleiben, wenn das Wanderungsgefälle sich weiter zur anderen Seite neigt. ♦

Alfred Kölz

ist 1944 in Solothurn geboren. Nach dem Studium der Rechte in Zürich und Bern Gerichtspraxis und Erwerb des Anwaltspatentes. 1979 erfolgte die Habilitation und die Aufnahme der heutigen Tätigkeit als vollamtlicher Professor für öffentliches Recht an der Universität Zürich. Verschiedene Forschungsaufenthalte in Paris zur Erweiterung der Fachkenntnisse in neuerer Geschichte und politischer Wissenschaft. Neuere Publikationen: *Neuere schweizerische Verfassungsgeschichte mit Quellenband*, Bern 1991/92, zusammen mit Jörg Paul Müller: *Entwurf für eine neue Bundesverfassung*, 2. Auflage, Bern 1991.

FRANKREICHS STAATSPRÄSIDENT – ERSTER BÜRGER ODER WAHLKÖNIG?

Alle sieben Jahre wählt die «Grande Nation» ihren Präsidenten. Diese Wahl muss, aus der Aufregung der Beteiligten zu schliessen, wichtiger sein als jene des deutschen, österreichischen oder italienischen Präsidenten, bedeutsamer offenbar auch als die Wahlen in die legendäre Nationalversammlung Frankreichs.

Es gibt keine andere westliche Demokratie, die ein Amt von solcher Bedeutung für so lange Zeit vergibt. Volle sieben Jahre lang kann der französische Präsident von niemandem politisch zur Rechenschaft gezogen werden. Nach erfolgter Wahl sind die Bürger und Bürgerinnen jedes Machtmittels bar, um dem Walten des Herrn im «Elysée»-Palast, dem «köstlichen Garten Eden der Helden und Tugendhaften» (Robert), Einhalt zu gebieten. Es bleiben ihnen nur die *sondages*, die fast jede Woche erscheinenden Umfragen über die Popularität des politischen Recken. Der Präsident kann von der Verfassung her fast jederzeit nach seinem alleinigen Ermessen die Nationalversammlung auflösen, das heisst Neuwahlen veranstalten. Fühlt er sich in einem politischen «Formtief», so kann er ein Plebiszit über ein von ihm ausgewähltes populäres Thema veranstalten, wie es seinerzeit die Napoleoniden vorexerziert hatten. Hat er sich allerdings in der Popularität des Plebiszitthemas getäuscht, so wird es im Fall der Ablehnung des Referendums für ihn gefährlich, wie es *Charles de Gaulle* 1969 erging und *François Mitterrand* 1992 beim Maastricht-Vertrag beinahe widerfuhr. Der Präsident hat, wie einst die «Ludwige», reservierte Jagdgründe im Norden von Paris zur Verfügung – verdient aber weniger als ein schweizerischer Bundesrat! Wie kam denn eine solche Verfassung für das einst revolutionäre Hexagon zustande, die selbst Staatsrechtlern Rätsel aufgibt?

Experimentierfeld für Verfassungen

Frankreich ist das gelobte Land für Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler;

denn kein anderes Land hat in den letzten zweihundert Jahren so viele – nämlich 14 – und so verschiedenartige Verfassungen und Régimes durchgestanden. Nach der Revolution 1789 fing es mit einer konstitutionell-monarchistischen Verfassung an; es folgten nach der Beseitigung des Monarchen und der dazugehörigen Verfassung zwei republikanische Konstitutionen (1793–1799), gefolgt von einer konsularen, die nach der Selbstkrönung des grossen Korsen (1804) zu einer imperialen wurde. Nach den «Hundert Tagen» kam wieder eine konstitutionell-monarchische Verfassung zu Ehren (1815–1830), die nach der Julirevolution unter Auswechslung des Königs einer konstitutionell-parlamentarischen Platz machte. 1848 erkämpfte sich das Volk eine fragile soziale Republik, die mit seiner eigenen Zustimmung drei Jahre später einem Operetten-Kaisertum unter *Napoléon III.* weichen musste. Nach dem deutsch-französischen Krieg begann die bis heute immer noch längste Republik und Verfassung Frankreichs, nämlich die Dritte Republik (1871–1940), die immerhin einen Weltkrieg überstand. Nach der Niederlage 1940, dem schmachvollen Vichy-Regime und der Befreiung davon gelang 1946 wieder die Errichtung einer sozialen Republik, der «Vierten», welche 1958 infolge der Algerien-Krise zusammenbrach und von General de Gaulle, der lange auf seine Stunde gewartet hatte, in die Fünfte Republik umgewandelt wurde. Nicht nur die Person de Gaulles spielt bei der Interpretation der heutigen Verfassung und der Analyse des Regimes eine grosse Rolle. Auch die zahlreichen vorhergehenden Verfassungen und Regimes wirken sich innerhalb und vor allem ausserhalb des gelten-

den Verfassungstextes fortwährend aus. Der nur positivistisch «auslegende» Jurist erfasst die heutige Verfassung und Regierungsweise Frankreichs nur zum Teil; Geschichte und politische Kultur haben in Frankreich besonders grosse verfassungsgestaltende Kraft.

Stärkung von Präsident und Regierung

Die heute geltende Verfassung von 1958 wurde hauptsächlich von General de Gaulle und seinem damaligen Justizminister, *Michel Debré*, geprägt. Sie knüpfte zwar noch an die Verfassung der Vierten und der Dritten Republik an, enthielt also starke parlamentarische Elemente. Man wollte jedoch unter allen Umständen die aus der vorangehenden Zeit bekannten Missbräuche des wenig geregelten Parlamentarismus und der Parteienherrschaft bekämpfen und insbesondere bessere Regierungsstabilität erreichen. Zu diesem Zwecke verstärkte man die Stellung des Präsidenten der Republik und jene der Regierung massiv. Was den Präsidenten betrifft, so sollte dieser nicht mehr durch das Parlament, sondern durch ein Wahlgremium von 81 764 Abgeordneten, Generalräten und Gemeindevertretern indirekt gewählt werden; auf diese Weise ist de Gaulle 1958 zum ersten Mal zum Präsidenten gewählt worden. Neben seinem Recht, den Premierminister und auf dessen Vorschlag die Minister zu ernennen, den Vorsitz im Ministerrat zu führen, dem erwähnten Parlamentsauflösungsrecht sowie dem Recht, ein Referendum «von oben» auszulösen, und dem Begnadigungsrecht erhielt der Staatspräsident ein massiv erweitertes Notverordnungsrecht, die alleinige Verfügung über die nukleare Abschreckungsmacht (*force de frappe*) sowie mehr aussenpolitische Befugnisse. Die Regierung wurde zu Lasten der Nationalversammlung massiv gestärkt. Ihr Sturz durch deren Misstrauensantrag wurde erschwert; künftig war eine absolute Mehrheit aller Mitglieder der Nationalversammlung für einen solchen nötig. Die von de Gaulle durchgesetzte Ablösung des Verhältniswahlrechts durch das Mehrheitswahlrecht führte in der Regel zu klaren Mehrheitsverhältnissen und damit automatisch zur Stärkung der Regierung. Diese erhielt ferner das Recht, Gesetze in

.....

*Geschichte
und politische
Kultur haben
in Frankreich
besonders grosse
verfassungs-
gestaltende
Kraft.*

.....

einem Schnellverfahren ohne Diskussion und Abstimmung durch das Parlament zu «peitschen». Um dem Parlament eine genauere Regierungskontrolle zu verunmöglichen, wurde die Zahl der ständigen Parlamentskommissionen auf insgesamt sechs für jede Kammer beschränkt, die Sitzungsdauer des Parlaments wurde auf höchstens 170 Tage pro Jahr beschränkt; für die Durchführung ausserordentlicher Sitzungen bedarf es der Zustimmung des Staatspräsidenten, die bis jetzt zwei Male, nämlich durch de Gaulle (1960) und Mitterrand (1987), aus rein opportunistischen Gründen verweigert wurde. Das Parlament, nicht aber der Präsident, untersteht schliesslich einer strengen Verfassungskontrolle durch den Verfassungsrat mit dem Ziel, den Verordnungsbereich der Regierung vor parlamentarischen Übergriffen zu schützen! Der Senat, die zweite Kammer, hat gegenüber der Nationalversammlung geringere Befugnisse; er kann insbesondere kein Gesetz definitiv am Inkrafttreten hindern und kann die Regierung nicht stürzen. Seine Mitglieder werden im Gegensatz zu jenen der Nationalversammlung nur indirekt gewählt, verfügen also über keine unmittelbare demokratische Legitimation.

De Gaulles Staatsstreich 1962

Zu Beginn der Fünften Republik hatte Michel Debré immer erklärt, die neue Verfassung von 1958 sei parlamentarisch und führe nicht zu einem präsidentialen Regime mit dem Präsidenten an der Spitze der Exekutive, wie es die Vereinigten Staaten kennen. Dem Staatspräsidenten wurde daher offiziell nur die Stellung eines obersten Schiedsrichters zuerkannt. Indessen hat bereits der erste Staatspräsident, de Gaulle, sogleich entscheidenden Einfluss auf die Regierungsbildung sowie auf die Aussen- und Verteidigungspolitik genommen.

Nach dem Jahr 1961 wurde de Gaulles Stellung immer prekärer, denn er verfügte in beiden Kammern über keine Mehrheit, und viele Parlamentarier wünschten nun nach der Bewältigung der Algerienkrise den Abgang des Generals, der ja seinerzeit nur ihretwegen gerufen worden war. De Gaulle griff nun zum Mittel des Plebiszites und führte zuerst eine verfassungs-

rechtlich fragwürdige Volksabstimmung über die Verträge von Evian durch, die er gewann. Den entscheidenden Schlag gegen das Parlament und für die Mehrung seiner eigenen Macht führte der General nun, indem er eine Vorlage auf Einführung der direkten Volkswahl des Staatspräsidenten vorbereitete. Diese Neuerung, eine Verfassungsänderung, sollte, gestützt auf Artikel 11 der geltenden Verfassung, direkt dem Volk vorgelegt werden, unter Umgehung der beiden Kammern, denn de Gaulle hätte dort keine Mehrheit gefunden! Dieses Vorgehen war verfassungsrechtlich offensichtlich unzulässig; denn die Verfassung durfte und darf ohne Mitwirkung der Kammern nicht geändert werden. Diese wehrten sich gegen ihre Entmachtung, denn sie sahen voraus, dass dann der Staatspräsident über eine unmittelbare demokratische Legitimation verfügen und sie mit Hilfe seiner übrigen Machtmittel an den Rand drängen würde. Die Nationalversammlung stürzte deswegen am 4. Oktober 1962 die Regierung Pompidou von de Gaulles Gnaden. Letzterer war als Staatspräsident wegen seiner politischen Unverantwortlichkeit nicht zu stürzen; aus der Tadelsmotion ging aber klar hervor, wer damit in Wirklichkeit gemeint war.

De Gaulle löste seinerseits unverzüglich die Nationalversammlung auf. So fand am 28. Oktober 1962 das Plebiszit über die Einführung der direkten Volkswahl des Präsidenten statt; de Gaulle gewann es mit 62 Prozent Ja-Stimmen. Wie hätte das Volk diese «Erweiterung» seiner eigenen Rechte ablehnen können? Und weshalb hätte es sich der Chance versagen sollen, Frankreich mit Hilfe einer starken Einzelpersonlichkeit in neuer Grösse zu sehen? Die daraus folgenden Verzerrungen des Institutionengefüges konnten die normalen Stimmberechtigten kaum voraussehen. Der Präsident des Senates, *Gaston Monnerville*, focht das verfassungswidrige Vorgehen de Gaulles beim Verfassungsrat an, der sich aber als unzuständig erklärte. Am 25. November schliesslich fanden die Neuwahlen in die aufgelöste Nationalversammlung statt. Im Sog der gewonnenen Referendumsabstimmung gewann de Gaulle auch diese Wahl. Er beherrschte nun die Republik.

.....

*Der erste
Staatspräsident,
de Gaulle,
hat sogleich
entscheidenden
Einfluss auf
die Regierungs-
bildung sowie
auf die Aussen-
und Verteidi-
gungspolitik
genommen.*

.....

Staatspräsident und Regierungschef

De Gaulle hatte mit dieser Verfassungsänderung das Institutionengefüge so verändert, dass er die Regierung – zum Teil in Einklang, zum Teil gegen den Verfassungswortlaut – weitestgehend beherrschte. Er bestimmte und entliess den Premierminister und die Minister, er leitete und bestimmte den Ministerrat und war somit bei gleichgerichteter Parlamentsmehrheit de facto auch Regierungschef. Der Premierminister war im wesentlichen nur noch Stabschef des Generals. Das Parlament verkam zur blossen Registrierungsinstanz. Die Nationalversammlung hätte zwar nach dem Verfassungswortlaut die Regierung stürzen können – ohne de Gaulle –, faktisch aber kaum, denn letzterer hatte das Parlamentsauflösungsrecht in der Hand. Von diesem machte er im Mai 1968 als Folge der Unruhen Gebrauch und errang bei den Neuwahlen eine fast unglaubliche Mehrheit von 354 Sitzen auf total 478.

Der spätere Staatspräsident Mitterrand hat in seinem 1964 publizierten Buch «Der permanente Staatsstreich» (*Le coup d'Etat permanent*) die Verfassungsänderung von 1962 durch de Gaulle mit guten Gründen angeprangert, schloss aber später – nun selber Staatspräsident – nicht aus, selbst einmal zum verpönten Referendum nach Artikel 11 der Verfassung zu greifen! Er hat es dann nicht getan, dafür tat es de Gaulle noch einmal: 1969 legte dieser dem Volke unter Umgehung der Kammern ein Regionalisierungsprojekt vor, das er mit der Beseitigung des Senates verband – jener Behörde, die ihm als letzte noch gelegentlich Widerstände entgegengesetzt hatte. Am 27. April 1969 verlor General de Gaulle diese Volksabstimmung mit ungefähr 12 gegen 11 Millionen Stimmen. Nach der Logik des stark personalisierten Plebiszites trat de Gaulle am folgenden Tag zurück.

Das Präsidentenamt bis zur ersten «Cohabitation»

Zum Nachfolger de Gaulles wurde 1969 vom Volk der linientreue Gaullist *Georges Pompidou* gewählt. Pompidou verstärkte die präsidentiale Bestimmung der Regierung noch, indem er vor allem noch

mehr als de Gaulle die Innenpolitik bestimmte. Von einem parlamentarischen Charakter des Regimes konnte auch jetzt nicht mehr die Rede sein; Pompidou regierte indessen weniger plebiszitär, als es de Gaulle getan hatte. Pompidous Nachfolger ab 1974, der Zentrist *Valéry Giscard d'Estaing*, versuchte am Anfang, seinem Premierminister, dem Gaullisten *Jacques Chirac*, etwas mehr Autonomie zu geben als seine Vorgänger. Das Regime erhielt leicht «dyarchischen» Charakter, doch war in der Folge bis zum Rücktritt Chiracs nach zwei Jahren in allen entscheidenden Fragen der Wille des Staatspräsidenten massgebend. Dies wurde noch verstärkt, als der Ökonom *Raymond Barre* als Premierminister nacheinander drei Regierungen vorstand. Mit Barre hatte der Staatspräsident mit Bedacht einen «Techniker» bestimmt, der ihm in den eigentlichen politischen Machtfragen nicht im Wege stand und sich in die protokollarische Hierarchie einordnete, an deren Spitze der Präsident steht.

Am 10. Mai 1981 gewann François Mitterrand mit der von ihm geeinigten Linken die Präsidentschaftswahlen gegen den bisherigen Amtsinhaber Giscard d'Estaing mit 51,75 Prozent Stimmen. Wie im Wahlkampf angekündigt, löste Mitterrand sogleich die bürgerlich dominierte Nationalversammlung auf. Die Neuwahlen ergaben eine absolute sozialistische Mehrheit von 58 Prozent der Sitze, so dass sich nun die beiden wichtigsten Staatsorgane vollständig in der Hand einer straff organisierten Partei befanden. Mitterrand kam nun definitiv von der 1964 in seinem Buch «Der permanente Staatsstreich» vertretenen parlamentarischen Interpretation der Verfassung ab und übernahm das von de Gaulle und dessen Nachfolgern praktizierte präsidentiale System. Ja, es war Mitterrand, der als erster Präsident offen von «seiner» Regierung und «seinen» Ministern sprach, so, wie es einst die Könige getan hatten! Das Wahlprogramm Mitterrands, also seine berühmten «110 Vorschläge», wurde nun gleichzeitig auch Regierungsprogramm; die Sozialisten hatten ja den Wahlkampf für die Nationalversammlung mit der Devise geführt, es müssten dem Präsidenten die Mittel für die Umsetzung seiner Politik verschafft werden. Fünf Jahre lang re-

.....

*Es war
Mitterrand,
der als erster
Präsident offen
von «seiner»
Regierung
und «seinen»
Ministern sprach,
so, wie es einst
die Könige
getan hatten!*

.....

gierte nun Mitterrand mit einer absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung und wickelte in dieser Zeit ein gewaltiges Gesetzgebungsprogramm ab. Neben dem seit 1958 immer zentrumsbürgerlich beherrschten Senat, der eine gewisse Verzögerung des erwählten Programmes betrieb, störten nur zwei Elemente die Politik der «Partei», nämlich der Verfassungsrat und – das Volk. Ersterer hob Teile von Verstaatlichungsgesetzen auf, die er als verfassungswidrig erkannte; das Volk wehrte sich am 24. Juni 1984 mit einer Massendemonstration von anderthalb Millionen Teilnehmern in Paris gegen die Beseitigung der privaten Schulen, was zum Rückzug des Schulgesetzes – allein durch Mitterrand ohne Befragung der Regierung – und zum Rücktritt der dritten Regierung Mauroy führte! Als neuer Premierminister amtierte nun bis zu den Wahlen in die Nationalversammlung im Frühjahr 1986 *Laurent Fabius*. Die neue Regierung führte nun aus wahltaktischen Überlegungen wieder das Proporzwahlrecht für die kommenden Wahlen ein. Diese endeten aber mit einer knappen absoluten Mehrheit der Rechten (ohne Front National). Ein sozialistischer Staatspräsident und eine rechte Mehrheit in der Nationalversammlung! Das war völlig neu in der Fünften Republik. Die Verfassungsväter hatten, indem sie ungleich lange Amtsdauern für Präsident (7 Jahre) und Nationalversammlung (5 Jahre) festlegten, diesen Fall provoziert, aber nichts zu seiner Lösung vorgekehrt. Es gab denn auch ernstzunehmende Stimmen, die ein solches Regieren für unmöglich hielten.

Die erste «Cohabitation» 1986–1988

Präsident Mitterrand hätte nach Artikel 8 der Verfassung wiederum einen sozialistischen Premierminister ernennen können; allein dieser wäre von der neuen Mehrheit der Nationalversammlung sogleich samt Regierung gestürzt worden. Der Staatsoberhaupt ernannte daher faute de mieux den Führer der sitzstärksten Partei der Mehrheit, den Gaullisten Chirac zum Premier; er nahm indessen Einfluss auf die Regierungszusammensetzung im einzelnen, indem er nicht alle ihm von Chirac vorgeschlagenen Minister ernannte! Es ging nun zum ersten Mal in der Geschichte der

Die Verfassungsväter rechneten nicht mit einem Auseinanderfallen der politischen Richtung von Präsident und Parlamentsmehrheit.

Fünften Republik darum, die Befugnisse des Staatspräsidenten von jenen der Regierung genauer festzulegen und zu trennen, denn bisher hatten, wie gezeigt, die Präsidenten regelmässig massiv in die Regierungsbefugnisse eingegriffen. Die Ausscheidung erfolgte in groben Zügen so, dass sich der Staatspräsident in den Bereichen der Aussen-, Europa- und Verteidigungspolitik die «Oberleitung» der Politik vorbehielt; bei den übrigen, von der Verfassung teilweise nur unklar unterschiedenen Gebieten gab man tendenziell dem Staatspräsidenten eine Vorrangstellung. Dies war deshalb möglich, weil Premierminister Chirac aus wahlpolitischen Gründen kein Interesse an einer Obstruktionspolitik hatte und an einem Scheitern der «Cohabitation» nicht interessiert war, denn 1986 lauteten die Umfragen für ihn für die 1988 stattfindenden Präsidentschaftswahlen ungünstig; er hoffte, dies in den zwei Jahren als Premierminister ändern zu können.

Dennoch erhielt das Kabinett Chiracs in der Zeit der «Cohabitation» eine viel grössere Macht, als die Regierungen zwischen 1958 und 1986 sie je besessen hatten, vor allem in der gesamten Innenpolitik. Das Ministerkabinett erhielt seine ihm von der Verfassung zugedachte Rolle zurück und der unter dem Vorsitz von François Mitterrand tagende Ministerrat hatte vor allem noch die Aufgabe, vorher getroffene Kabinettsentscheide formell «abzusegnen». Die Regierung war in der Innenpolitik von jetzt an bis 1988 politisch allein der rechten Mehrheit der Nationalversammlung verantwortlich, und Mitterrand hatte nach der Wahlniederlage seiner Partei keine politisch aussichtsreiche Möglichkeit, das soeben gewählte Parlament wieder aufzulösen. Für ihn bedeutete indessen diese «Cohabitation» eine gute Chance, für die Präsidentschaftswahlen von 1988 seinen Sieg vorzubereiten, denn er konnte sich während der zwei Jahre als über dem Parteiengenzänk stehender Schiedsrichter der Nation als eigentlicher Staatsmann profilieren. Die Regierung indessen, die diesen Namen wieder verdiente, machte mit Hilfe ihre Mehrheit viele von den Sozialisten zwischen 1981 und 1986 vorgenommenen Änderungen wieder rückgängig; unter anderem führte sie erneut das Mehrheitswahlrecht ein.

Von den Präsidentschaftswahlen 1988 bis 1993

Der amtierende Präsident Mitterrand gewann im Mai 1988 im zweiten Wahlgang mit 54 Prozent Stimmen die Wahlen; sein Gegenkandidat Chirac erhielt 46 Prozent. Damit begann, zum ersten Mal unter der neuen Verfassung, ein zweites «Septennat» eines Präsidenten. Mitterrand löste sogleich die Nationalversammlung auf. Die Wahlen ergaben von insgesamt 577 Sitzen 277 Sitze für die Sozialisten, 27 für die Kommunisten, 128 für die Gaullisten (R.P.R.), 130 für die Zentrumsdemokraten (U.D.F.), einen einzigen für den Front National und 14 für Diverse. Die Sozialisten erreichten also das absolute Mehr von 289 Stimmen nicht, die beiden «bürgerlichen» Fraktionen mit zusammen 258 Stimmen ebenfalls nicht. Die Kommunisten kamen jetzt als Koalitionspartner für die Sozialisten nicht in Frage. Letztere stellten jedoch als stärkste Partei die Regierung unter Premierminister *Michel Rocard*, die nach der Verfassung vom Parlament nicht gewählt werden muss, sondern vom Präsidenten ernannt wird. Dieses Vorgehen war deshalb realistisch, weil die bürgerliche Opposition bei einem absoluten Mehr von 289 Stimmen allein keine Chance hatte, die sozialistische Minderheitsregierung zu stürzen, und weil sich die Kommunisten bei den mehrfach versuchten Misstrauensanträgen gegen die sozialistische Regierung jeweils der Stimme enthielten!

Während vollen fünf Jahren regierte nun wieder der Staatspräsident fast unangefochten. Er hatte mit der komfortabel gewonnenen direkten Volkswahl eine erneuerte starke demokratische Legitimation, während die Regierung sich nicht auf eine Parlamentsmehrheit stützen konnte. Umgekehrt aber war die Regierung, weil derselben Partei wie der starke Mann im Elysée angehörend, dessen Einflussnahmen ständig ausgesetzt. Mitterrand scheute sich auch nicht, in Einzelfällen in der Öffentlichkeit Stellung gegen die Haltung «seiner» Regierung zu beziehen. Auch zwang er dem Premierminister mehrfach bestimmte Minister auf; Rocard beugte sich, obwohl nach der Verfassung der Präsident nur vom Premier vorgeschlagene Minister ernennen darf. Seine

Situation war noch schwieriger, als sie jene von Chirac gewesen war. Nach drei Jahren, verbraucht und nach zunehmenden Meinungsverschiedenheiten mit dem Staatspräsidenten, reichte Rocard den Rücktritt als Premierminister ein. In Wirklichkeit war er von jenem abberufen worden – obwohl nach der Verfassung auf formellem Wege nicht möglich! Mitterrand ernannte nun die erste Frau in der Geschichte der Republik, *Edith Cresson*, zur Premierministerin; sie konnte sich jedoch nicht lange halten und wurde im Frühjahr 1992 durch *Pierre Bérégovoy* ersetzt. Inzwischen hatte ein gewisser Zerfall der sozialistischen Partei eingesetzt, einerseits infolge innerer Richtungs- und Personenkämpfe, andererseits – unter anderem – wegen verschiedener Finanzskandale, so dass die im Frühjahr 1993 von Verfassungswegen stattfindenden Wahlen in die Nationalversammlung einen Sieg der Rechten erwarten liessen.

Die Wahlen von 1993 und die zweite «Cohabitation»

Der Wahlsieg der Rechten fiel über Erwartungen deutlich aus: Diese, R.P.R. und U.D.F., erhielten zusammen nicht weniger als 472 Sitze von 577, während die Sozialisten noch 57, die Kommunisten 23 erhielten und der Front National sowie die Grünen leer ausgingen. Von den 472 durch die Rechte errungenen Sitzen hatten die Gaullisten die Mehrzahl, 257, erhalten, weshalb sie den neuen Premierminister, *Edouard Balladur*, stellten.

Infolge des erdrutschartigen Sieges der Rechten und seiner fünf Jahre zurückliegenden Wahl war die Stellung Mitterrands für die zweite «Cohabitation» nun stark geschwächt. Auch wenn er nach wie vor in der Aussen-, Europa- und Verteidigungspolitik das Heft in der Hand behalten wollte, konnte er beispielsweise nicht verhindern, dass die Gewinner der Parlamentswahlen auch in diesen «präsidialen» Politikbereichen weit stärkeren Einfluss nahmen als während der ersten «Cohabitation» 1986–1988.

Die Verfassungsväter rechneten nicht mit einem solchen Auseinanderfallen der politischen Richtung von Präsident und Parlamentsmehrheit; man muss aber heute feststellen, dass das französische Regie-

runssystem nur bei einer solchen politischen Konstellation echte, substantielle parlamentarische Elemente enthält. Nur bei einer «Cohabitation»-Konstellation kann die Regierung nicht einfach vom Präsidenten überspielt werden, entsteht eine Dyarchie, eine Doppelspitze. Und dies, wie sich gezeigt hat, unabhängig von der Person des jeweiligen Staatspräsidenten und dessen politischer Richtung. Wie schon Montesquieu erkannte, tendiert die Macht dazu, von ihren Inhabern missbraucht zu werden, es muss daher die Macht durch Gegenmacht begrenzt werden. Weil die von General de Gaulle konzipierte und in die Wirklichkeit umgesetzte französische Verfassung keine hinreichend klare Trennung zwischen Regierung und Staatspräsident kennt und weil die Verfassung die Macht des Parlamentes massiv verringert hat, konnte keine ausreichende Gegenmacht entstehen. So konnte das beschriebene Präsidialregime entstehen; dieses ist noch ausgeprägter als jenes der Vereinigten Staaten, weil deren Parlament keiner Auflösung unterliegt und vom Präsidenten streng getrennt ist; der amerikanische Kongress ist daher in allen geschichtlichen Konstellationen ein wesentlicher Machtfaktor gegenüber dem Präsidenten geblieben und konnte nie zu dessen Spielball werden. Und: Die Macht des amerikanischen Präsidenten ist aus föderalistischen Gründen gegenüber dem französischen wesentlich beschränkter, indem dort der ganze Bereich der Einzelstaatszuständigkeiten dem präsidialen Zugriff entzogen ist, während im zentralistischen Frankreich «Paris» überall unmittelbar einwirkt.

Die Wahrscheinlichkeit ist nicht gering, dass bei den nächsten Präsidentenwahlen im Frühjahr 1995 die gegenwärtige «Cohabitation» enden wird, dass also ein Präsident der Rechten mindestens bis 1998 mit der bestehenden überwältigenden rechten Mehrheit in der Nationalversammlung regieren wird. Die Macht dürfte dann wiederum beim Präsidenten konzentriert sein. Ein aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat, der gegenwärtige Premierminister *Balladur*, hat bereits bekanntgegeben, dass er im Falle seiner Wahl keine Auflösung der Nationalversammlung vornehmen werde. Weshalb sollte er auch, bei einer solchen Mehrheit

.....

*In der politischen
Tradition
Frankreichs ist
es seit der
Revolution
verwurzelt, dass
sich das Volk
mangels eines
echten Referen-
dums seine
Rechte selber
holt – und zwar
in den Strassen
von Paris.*

.....

in einer *chambre introuvable*, wie sie seit *Louis XVIII* nie mehr existierte?

Wenig Einfluss des Volkes?

Es liegt nahe, diese Frage zu bejahen. Doch es drängt sich eine differenziertere Antwort auf. Das Volk wählt immerhin den Präsidenten in einem besseren Verfahren, als es in den Vereinigten Staaten gilt: Die Wahl in zwei Wahlgängen erlaubt den Stimmberechtigten im ersten Wahlgang, unter zahlreichen Kandidaten unabhängig von taktischen Überlegungen wirklich auszuwählen; erst im zweiten Wahlgang spitzt sich die Wahl auf bloss zwei Personen zu; diese zwei sind jedoch infolge des ersten Wahlganges und der darauf folgenden Reaktionen der Parteien qualifiziert und erlauben den Stimmberechtigten eine echte Wahl. In den Vereinigten Staaten, wo nur ein einziger Wahlgang stattfindet, ist das Wahlverfahren weniger differenziert. Ausserdem: Die Kandidaten stellen vor den Wahlen eine Art «Regierungsprogramm» auf, an das sie nach einer Wahl politisch einigermassen gebunden sind; sie werden immer wieder darauf behaftet und können bei gleichgerichteter Parlamentsmehrheit auch vieles davon verwirklichen. Die häufigen Meinungsumfragen unterstützen einerseits die Bindung der Präsidenten an ihr Programm; andererseits lassen sie einen Präsidenten bei wichtigen Entscheidungen, die dem Mehrheitswillen widersprechen, in Legitimationsprobleme geraten, die bis zu dessen Legitimationskrise führen können. Die Umfragen bedeuten also eine Verstärkung der Einflussmöglichkeiten der Wähler; sie sind infolge der direkten Volkswahl und der klaren Zurechenbarkeit auf eine Person besonders wirksam, verstärken die Funktion des Präsidenten als Beauftragter des Volkes.

In der politischen Tradition Frankreichs ist es seit der Revolution verwurzelt, dass sich das Volk mangels eines echten Referendums seine Rechte selber holt, und zwar in den Strassen von Paris. Die prächtige Hauptstadt, auf die alle Verkehrslinien des Landes zulaufen, erlaubt die rasche Mobilisierung grosser Wählerzahlen, die sich auf den breiten Boulevards wirkungsvoll entfalten können. Diese «Strassenreferenden» sind recht häufig und führen regelmässig zu substantiellen

.....

*Fühlen sich die
Citoyens durch
einen künftigen
Wahlkönig eines
Tages zu stark
gedrückt, so
werden sie auch
Mittel und Wege
finden, eine neue
Verfassung,
vielleicht die
einer «Sechsten
Republik»,
zu erringen.*

.....

Reaktionen des politischen Systems: 1984 musste wegen der Manifestation von anderthalb Millionen Menschen gegen die Beseitigung der freien Schulen die ganze Regierung Mauroy zurücktreten, das umstrittene Gesetz wurde zurückgezogen. 1986 gingen die Studenten wegen eines Gesetzesprojektes über die Hochschulen zahlreich auf die Strassen von Paris; das Projekt verschwand in der Schublade, und der Erziehungsminister musste zurücktreten. Im Frühjahr 1994 wehrten sich Schüler und Studenten auf der Strasse gegen die Minimallohnvorlage für Schulabgänger; die Regierung gab nach. Das politische System reagiert also sensibel auf solche Äusserungen des Volkswillens.

Und schliesslich: In Frankreich herrscht ein starkes Gefühl der individuellen Freiheit und Unabhängigkeit, man vermutet in der Tradition von 1789 die Freiheit als selbstverständlich gegeben und nimmt sie auch unverzüglich wahr; man sucht nicht zunächst, wie etwa in Deutschland, zuerst in der Verfassung nach einer geschriebenen Freiheit. Schrieb doch schon Emigrant *Heinrich Heine* in Paris: «In Frankreich ist gut leben, da gibt's Freiheit und gutes Essen!» Und schliesslich: Fühlen sich die *Citoyens* durch einen künftigen Wahlkönig eines Tages zu stark gedrückt, so werden sie auch Mittel und Wege finden, eine neue Verfassung, vielleicht die einer «Sechsten Republik», zu erringen. Es wäre dies die fünfzehnte Verfassung seit der Grossen Revolution. ♦

.....

*Literatur: Ph. Ardant, «Institutions politiques et Droit constitutionnel», 1992; J. Cadart, «Institutions politiques et Droit constitutionnel», 1990; B. Chantebout, «Droit constitutionnel et science politique», 1994; M. Deslandres, «Histoire constitutionnelle de la France», 1932; M. Duverger, «Institutions politiques et Droit constitutionnel», 1990; H. P. Kriesi, *Les démocraties occidentales*, 1994; F. Mitterrand, «Le coup d'Etat permanent», 1964; P. Pactet, «Droit constitutionnel, Institutions politiques», 1993.*

Urs Bitterli

RAYMOND ARON

Beobachter des Zeitgeschehens – eine Biographie von Nicolas Baverez

Die Lektüre dieser Biographie macht einsichtig, wie überaus eng die Existenz des liberalen Publizisten und Soziologen Raymond Aron in jeder ihrer Entwicklungsphasen mit der Geschichte seines Landes verknüpft gewesen ist, nicht durch die Tat des politisch Handelnden freilich, sondern durch die Reflexion des unentwegt Anteilnehmenden.

1 Raymond Aron:
«Le spectateur engagé». Paris 1981, Taschenbuchausgabe 1991.

2 Raymond Aron:
«Mémoires». Paris 1983, Taschenbuchausgabe 1990.

3 Nicolas Baverez:
«Raymond Aron: Un moraliste au temps des idéologies». Paris 1993.

Über Arons Leben lagen bisher zwei einschlägige Publikationen vor. Im Jahre 1981 erschien unter dem Titel «Le spectateur engagé» die Aufzeichnung eines längeren Interviews, das zwei Journalisten mit dem bedeutenden Franzosen geführt hatten¹. Die Journalisten, beides Vertreter der 68er Generation, rückten Aron mit angriffigen Fragen zu Leibe und sahen sich von einem glänzend disponierten Gesprächspartner nicht nur berichtet und belehrt, sondern zunehmend auch charmiert, so dass sich sagen lässt, diese Publikation markiere den Zeitpunkt, an dem die französische Linke, bisher vorwiegend auf *Jean-Paul Sartre* fixiert, ihr Interesse dessen Gegenspieler zuzuwenden begann. Die zweite wichtige Quelle zum Leben Raymond Arons stellen die «Mémoires» dar, die der Autor kurz vor seinem Tod, im Jahre 1983, noch abzuschliessen vermochte². Dieses glänzend geschriebene, aber in epischer Breite ausholende Werk befasst sich vor allem mit den Hintergründen und Auswirkungen der politischen Stellungnahmen des Verfassers; auf eine Darstellung der persönlichen Lebensumstände und auf die Selbstinterpretation des geschichtstheoretischen und soziologischen Lebenswerks wird weitgehend verzichtet.

Nun hat *Nicolas Baverez* eine Biographie erscheinen lassen, die von ihrem Umfang her gesehen, etwa die Mitte zwischen den beiden erwähnten Publikationen hält³. Gestützt auf bisher nicht berücksichtigte Dokumente aus Arons Privatarchiv ist es Baverez gelungen, ein

Gesamtbild der Persönlichkeit zu zeichnen, das Privatleben, Schaffen und geschichtliche Umstände in ausgewogener Form zu vergegenwärtigen vermag.

Zu den ersten Zeugnissen des politischen Engagements gehören die Artikel, die der hochbegabte Absolvent der «Ecole normale supérieure» anlässlich eines Studienaufenthaltes in Deutschland vor 1933 schrieb. Von einer früheren Position abrückend, die unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs und der französisch-deutschen Versöhnungspolitik unter *Briand* und *Stresemann* von einem etwas vagen pazifistischen Sozialismus geprägt war, gelangte Aron nach der Machtübertragung an *Hitler* zur klaren Ablehnung nationalsozialistischen und faschistischen Gedankenguts. Dass der Antisemitismus den Angehörigen des emanzipierten französischen Judentums beunruhigte, versteht sich von selbst; aber Aron blieb dabei nicht stehen, sondern konzentrierte seine Gegnerschaft auf die antidemokratischen und totalitären Zielvorstellungen nationalsozialistischer und geistesverwandter Ideologie. Unter dem Einfluss des Historikers und Philosophen *Elie Halévy* begann er lange vor dem Hitler-Stalin-Pakt, den Faschismus in dessen verschiedenartigen Erscheinungsformen mit der kommunistischen Diktatur zu vergleichen und in der Ablehnung von parlamentarischer Demokratie und Mehrparteienstaat gemeinsame Grundmerkmale festzustellen. Mit dieser Sehweise sollte sich Raymond Aron über Jahrzehnte hin in einen schroffen Gegensatz zur Mehrzahl der französischen Intel-

lektuellen, insbesondere zu seinem Jugendfreund Jean-Paul Sartre, stellen – in einen Gegensatz, der öffentliche Diskriminierung und Ächtung nicht ausschloss und den es standfest auszuhalten galt.

Exil – Publizistik – Lehrtätigkeit

Im Jahre 1940 wählte Aron das Exil und begab sich, seine Familie in Frankreich zurücklassend, nach London. Hier arbeitete er an der Zeitschrift «La France libre» mit, für die er die viel beachteten «Chroniques de France» schrieb, die sich auf Meldungen der französischen, deutschen und schweizerischen Presse stützten. Das Verhältnis zum Führer des «Freien Frankreich», General *de Gaulle*, war distanziert und sollte es auch in der Folge bleiben: Während er der Persönlichkeit des Staatsmanns seinen Respekt nie verweigerte, waren ihm doch dessen Stil und Rhetorik zuwider, und ein gewisser Totalitarismusverdacht liess sich nie ganz verscheuchen, was den Publizisten freilich nicht hindern sollte, de Gaulle in der vom Algerienproblem ausgelösten Krise von 1958 und während der «Mai-Revolution» von 1968 zu unterstützen.

Während die Zeit des Exils nur spärlich dokumentiert ist, kann sich Baverez für die Jahre nach 1945, die Raymond Aron zuerst als politischen Publizisten, dann als Universitätslehrer zur intellektuellen Prominenz aufsteigen sahen, auf ein überaus reiches Quellenmaterial stützen. Nach Kriegsende nahm Aron seine regelmässige Mitarbeit für den «Figaro» auf, mit dessen bürgerlich-liberalem Chefredaktor *Pierre Brisson* er sich in wichtigen Grundhaltungen wie dem Antikommunismus, dem Eintreten für die deutsch-französische Wiederannäherung und dem Bekenntnis zu Europa einig wusste. Kein Konsens mit dem «Figaro» und einem Grossteil von dessen Leserschaft liess sich allerdings finden, als Aron in seinem Buch über die «Tragédie algérienne» für Algeriens Unabhängigkeit eintrat; doch hielt der Publizist dieser Tageszeitung bis 1977 die Treue, publizierte wöchentlich ein bis zwei Kommentare, und seine Mitarbeit bezeichnete die Blütezeit des Blattes, auf dessen erster Seite auch die Stellungnahmen von Persönlichkeiten wie *Mauriac*, *Georges Duhamel*, *André Siegfried* oder *Jaques*

de Lacretelle zu lesen waren. Daneben war Aron auch für die Zeitschrift «Preuves» tätig, die vom Schweizer *François Bondy* geleitet wurde und an der auch *Herbert Lüthy* mitarbeitete, der sich 1954 mit seinem Buch «Frankreichs Uhren gehen anders» als scharfsinniger Kenner der «Vierten Republik» auswies.

Zwischen 1955 und 1967 versah Raymond Aron einen Lehrstuhl an der Sorbonne und lehrte gleichzeitig an der «Ecole pratique des hautes études». Wer in den späten fünfziger Jahren an der Sorbonne studierte, mag sich an die blendend formulierten Vorlesungen Arons ebenso erinnern wie an die Fehden, die er mit einzelnen seiner Kollegen, etwa dem linkssozialistischen Politologen *Maurice Duverger*, ausfocht – Baverez' Biographie erstattet über derlei Auseinandersetzungen anschaulich Bericht.

Unpopuläre Marxismuskritik

In der Zeit der Übernahme seiner universitären Lehrverpflichtungen fiel die Publikation desjenigen Buches, das am meisten zur Isolation des liberalen Publizisten und Gelehrten im Kreis der französischen Intellektuellen beitragen sollte: 1955, ein Jahr vor dem Ungarn-Aufstand, erschien «L'opium des intellectuels». Dass Raymond Aron kein Marxist und kein Sympathisant der Sowjetunion war, wusste man seit langem; was indessen dem Verfasser des «L'opium des intellectuels» die besondere Wut der französischen Intelligentsia eintrug, war die durchaus polemische Art und Weise, mit der hier die Verführungskraft des Marxismus als die eines modischen Religionsersatzes analysiert wurde. Auch über die im Tenor gleichgestimmte, in der Lautstärke unterschiedliche Reaktion auf die Publikation dieses Buches gibt Baverez ausführlich Auskunft und leistet damit einen erhellenden Beitrag zum geistigen Klima jener Zeit.

Noch einmal, während der «Mai-Revolution» von 1968, als Aron mit Entschiedenheit für den Fortbestand der Republik und die Regierung *Pompidou* eintrat, weckte seine Stellungnahme einen Aufschrei der Empörung. Als Kenner der Verhältnisse, der sich lange vor dem Aufkommen studentischer Unruhen um universitäre Reformen vergeblich bemüht

.....

Was Aron die
besondere Wut
der Intelligentsia
eintrug, war
seine Polemik
gegen den Mar-
xismus als einen
modischen
Religionsersatz.

.....

und zugleich der Universität gegenüber einen hohen Grad von Unabhängigkeit bewahrt hatte, hat Aron damals nicht unwesentlich zur Klärung der verworrenen und kurzfristig auch gefährlichen Situation beitragen können. Die massive Kritik, die im Zusammenhang mit seiner Stellungnahme während der «Ereignisse» von seiten seiner politischen Gegner laut wurde, macht diesen wenig Ehre; sie gipfelte etwa, wie Baverez berichtet, in Sartres höhnischem Ausruf, man habe nun Aron nackt dastehen sehen und würde ihm die Kleider erst wieder zurückgeben, wenn er sich hinter die «contestation» gestellt habe. Unmittelbar nach der «Mai-Revolution» verfasste der Publizist eine überaus erfolgreiche Broschüre unter dem bezeichnenden Titel «La révolution introuvable» – dieser Text gehört zu den wenigen zeitgenössischen Zeugnissen, die man heute noch lesen kann, ohne dass einem angesichts der Verführbarkeit damaliger akademischer Eliten die Schamröte ins Gesicht steigt.

Interesse an Deutschland

Neben seinen Stellungnahmen zum aktuellen Geschehen hat Raymond Aron eine grosse Zahl wissenschaftlicher Werke verfasst, von seiner «Sociologie allemande contemporaine» aus dem Jahre 1935, welche die französischen Leser mit *Max Weber* bekannt machte, bis zum umfangreichen Werk «Penser la guerre», das den Autor bis zu seinem Tode beschäftigte und das erneut einem Deutschen, dem Militärstrategen *Carl von Clausewitz*, gewidmet war. In Baverez' Biographie finden auch diese Werke eine knappe einführende Darstellung. Dabei wird deutlich, wie sehr es zu den Eigentümlichkeiten von Arons Schaffen gehört, dass sich journalistischer

.....

*Charles de Gaulle
soll einmal
gesagt haben,
Raymond Aron
trete am «Collège
de France» als
Journalist und
beim «Figaro» als
Professor auf.*

.....

und wissenschaftlicher Diskurs nicht immer leicht auseinanderhalten lassen – sehr im Unterschied zu deutschen Sprachgepflogenheiten. Charles de Gaulle soll einmal gesagt haben, Raymond Aron trete am «Collège de France» als Journalist und beim «Figaro» als Professor auf – ein Urteil, das man je nach persönlichem Standort so oder anders werten mag. Wie auch immer: Die Reflexion, welche dieser Publizist und Wissenschaftler während einem halben Jahrhundert der französischen Geschichte zukommen liess, kann man aus dieser Geschichte nicht mehr wegdenken. Es ist die Reflexion eines Staatsbürgers, dem das Wohl der Demokratie immer mehr bedeutete als sein eigenes. Mit den Worten *Golo Manns* zu sprechen: «Was er den Regierenden schuldet, war weder blinde Anhänglichkeit, noch doktrinäre Feindschaft; es war sein unabhängiges, in reicher Erfahrung, Geist und Mut wurzelndes Urteil von Fall zu Fall.» Dem beizufügen wäre, dass Aron in seinem «Urteil von Fall zu Fall» seltener irrte als die meisten, ohne sich doch auf sein Rechthaben so viel einzubilden wie andere auf ihren Irrtum.

Nicolas Baverez hat ein flüssig zu lesendes Porträt des bedeutenden französischen Publizisten und Wissenschaftlers vorgelegt, das auch ausserhalb Frankreichs Verbreitung und Kenntnisnahme verdient. Selber Absolvent der «Ecole normale supérieure» und hoher Staatsbeamter, verfügt der Autor über die besten Voraussetzungen, sich seinem Gegenstand mit Kenntnis und Einfühlungsvermögen zu nähern. Das Buch ist objektiv, aber nicht neutral. Besseres lässt sich von einer Biographie nicht sagen. ♦

Der Autor ist Professor für allgemeine Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich

Urs W. Schöttli

ist 1948 in Basel geboren. Von 1978–1982 war er Generalsekretär, 1982–1984 Geschäftsführender Vizepräsident der Liberalen Internationalen. 1982–1990 Südasien-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Delhi, 1986–1993 Berater der Friedrich Naumann-Stiftung. Seit 1993 Geschäftsführer der Gross-Europa-Kommission und seit 1995 Leiter der Academia de Sintra in Sintra (Portugal).

FLIEGENDE WECHSEL – MITTERRANDS POLITISCHE KARRIERE ZWISCHEN 1934 UND 1947

Pierre Péans Biographie des jungen Mitterrand, «Une jeunesse française»¹, sollte Pflichtlektüre für alle sein, die nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts noch immer meinen, auf das Primat von Machtteilung und Machtkontrolle verzichten zu können.

Der von seinen Apologeten als «Sphinx» betitelte Präsident der Französischen Republik erweist sich in diesem Buch als simpler Opportunist, der in schwierigen Zeiten ohne hinderliche Skrupel seinen Weg zur Macht gesucht und gefunden hat.

Die Debatte um Mitterrands Vichy-Vergangenheit ist derzeit durch das Sterben des alten Mannes im Elysée pietätvoll in den Hintergrund gedrängt worden; ad acta gelegt werden darf sie allein schon deshalb nicht, weil auch ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Vichy-Regimes die Frage der Kollaboration Frankreichs bei Hitlers Judenvernichtung noch immer einer auch ethisch tragbaren Klärung harret. In jedem Fall darf Mitterrands Eskapismus hier nicht das letzte Wort bleiben: *«Je ne pensais pas à l'antisémitisme de Vichy. Je savais qu'il y avait malheureusement des antisémites qui avaient pris une place importante auprès du Maréchal, mais je ne suivais pas la législation du moment et les mesures prises.»*

Rechtsopportunismus

Wer bei der Beurteilung historischer Kataklysmen das Glück der späten Geburt auf seiner Seite hat, tut gut daran, sich bei der moralischen Wertung von Handlungsweisen Zurückhaltung aufzuerlegen. Dies bedeutet nicht Neutralität gegenüber geschehenem Unrecht, wohl aber Verzicht auf Selbstgerechtigkeit und ein gutes Mass an Bereitschaft, sich in die Krisensituation einzuleben. Dies bedenkend, lassen sich Mitterrands politische Lehr- und Wanderjahre in schwieriger Zeit als Entwicklung im Zeichen eines Rechtsopportunismus mit fliegenden Loyalitätswechseln umschreiben.

Die Geburt in eine wohlhabende, der katholischen Rechten angehörende Familie ist insofern von Gewicht, als der Clan in Mitterrands frühem politischem Leben stets eine wichtige – aus späterer Sicht zuweilen verhängnisvolle – Rolle spielte. Als Student nimmt er an fremdenfeindlichen Demonstrationen teil, unter anderem auch gegen einen jüdischen Berater des Negus – eine von antisemitischen Untertönen begleitete Aktion von Anhängern Mussolinis.

Dem Politaktivismus auf der nationalistischen Rechten schliesst sich journalistische Tätigkeit bei einer diesem Spektrum angehörenden Zeitung an. 1940 gerät er nach dem französischen Kollaps in Kriegsgefangenschaft, aus der zu fliehen ihm nach eineinhalb Jahren gelingt. Péan bezeichnet die Zeit hinter dem Stacheldraht als «eine entscheidende Phase» von Mitterrands Entwicklung. Sie sollte ihn auf jeden Fall in der Gestaltung seiner politischen Karriere bis nach der Befreiung Frankreichs begleiten.

Nach seiner Rückkehr aus Deutschland arbeitet Mitterrand schon bald in der Vichy-Administration mit. Am 15. Oktober 1942 wird er von Marschall Pétain empfangen. *«Seine ganze Haltung, auch jene im Untergrund, war in nichts jener des Marschalls entgegengesetzt.»* Neben seiner offiziellen Tätigkeit als Pressechef des Kommissariats für die Wiedereingliederung von Kriegsgefangenen betätigt sich Mitterrand im Untergrund, insbesondere auch bei der geheimen Hilfe für Entwichene.

Mitterrand, der bereits im Januar 1942 in die «Légion française des combattants et des volontaires de la Révolution nationale» eingetreten war, erhält 1943 den Vichy-Orden «La Francisque», der mit

¹ Pierre Péan: «Une jeunesse française». François Mitterrand 1934–1947. Fayard, Paris 1994.

folgendem Schwur verbunden ist: *«Je fais don de ma personne au maréchal Pétain comme il a fait don de la sienne à la France.»* Mitterrand schwächt später diese Ordensverleihung mit der Bemerkung ab, dass er sich zur Zeit der Auszeichnung in England oder Algerien befand und dass ihm der Orden bei seiner Hilfstätigkeit im Untergrund von Nutzen war.

Bei seiner Untergrundtätigkeit schlägt sich Mitterrand zunächst auf die Seite von General Giraud. Ein Treffen mit *de Gaulle* Ende 1943 in Algier verläuft nicht ohne Spannung. 27 Jahre jung wird Mitterrand Sekretär in der provisorischen Regierung und *«sieht sich als grosser Widerstandskämpfer anerkannt, obschon er einen atypischen Entwicklungsweg hinter sich hat und ungeachtet seiner Beziehungen mit Vichy»*, die bis zum Herbst 1943 gedauert hatten.

Nibelungentreue

Péan beschliesst die rasche und häufig verwirrende Entwicklung Mitterrands auf der Scheidelinie von Kollaboration und Widerstand mit dem Résumé: *«Die Ideen von François Mitterrand wandelten sich innert neun Monaten. Aus Opportunismus? Er ist so berechnend, dass man dies nicht ausschliessen kann. Aber neben seinen grossen Ambitionen und seinem enormen Selbstvertrauen in sein eigenes Schicksal hat er seit Kriegsbeginn, insbesondere seit der Kriegsgefangenschaft nicht aufgehört, sich zu entwickeln.»*

Mitterrand – *«Je n'ai rien à cacher. Je vous aiderai»* – erscheint in Péans Buch als eine höchst schillernde Figur, politisch von bedenkenloser Wetterwendigkeit, privat von einer solchen Konstanz, dass man diesen Widerspruch nur in gravierenden Verdächtigungen glaubt auflösen zu können. Der Autor, und dies gereicht ihm zum grossen Verdienst, erliegt dieser Versuchung nicht – *«ich habe keine persönlichen Rechnungen mit Mitterrand zu begleichen»*. Auch ist es Péan in bemerkenswertem Ausmasse gelungen, seine Schilderung des jungen Mitterrand von dessen späterem Lebensweg zu trennen und nicht irgendwelche Interpretationen a posteriori einfließen zu lassen. *«Ich habe versucht zu vergessen, dass die ambitiöse Persönlichkeit, die ich vom Universitätsabschluss bis zum*

dreissigsten Lebensjahr verfolgt habe, Präsident der Republik geworden ist.»

So verwirrend die Situation in Vichy ist, wo es nur eine klare Linie, jene zwischen Kollaborateuren und Antideutschen, zu geben scheint, so verschlungen sind auch die Wege Mitterrands, noch verstärkt durch die natürliche Komplexität seiner Persönlichkeit. Nirgends wird dies deutlicher als bei seinen aus der Vichy-Zeit datierenden Freundschaften. Höchstwahrscheinlich wird Mitterrand dieses Geheimnis in sein Grab mitnehmen. Tatsache ist, dass man mit den üblichen Vorstellungen von Freundschaft hier kaum weiterkommt.

Zu Mitterrands kompromittierendsten Freundschaften gehört jene mit *René Bousquet*, dem Polizeichef der Vichy-Regierung. Als Mitterrand 1954 Innenminister wird, stützt er sich weitgehend auf das Team von Bousquet, dessen Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschheit er ablehnt. Péan zitiert Mitterrands Beschreibung dieses Schergen der Nazikollaboration in Frankreich wörtlich: *«C'était un homme d'une carrure exceptionnelle. Je l'ai trouvé plutôt sympathique, direct, presque brutal.»* Die Schlüsse auf den Charakter desjenigen, der einen Mittäter bei der Hitlerschen Endlösung mit diesen Worten beschreibt, mögen dem Leser überlassen bleiben. Mitterrand *«erlebt den Tod von Bousquet als einen persönlichen Trauerfall»*.

Péans Biographie des jungen Mitterrand zeigt eine über den Berichtszeitraum weit hinausreichende Treue gegenüber mehreren problematischen Figuren aus der Vichy-Zeit. Mitterrand scheint

Mitterrands
Machttrieb und
sein Verständnis
von Macht
kennen keine
Restriktionen.



Aus: Cabu, *Passe aux aveux*, Paris 1990, S.E.L.D., S. 176 (Ausschnitt).

sein Personenurteil auch nach dramatisch veränderten Umständen nicht zu ändern. Ob diese Nibelungentreue indessen bei einem Politiker, der in seiner Karriere naturgemäss keine Sensibilitäten dulden konnte, wirklich nur als selbstlos zu bewerten ist, mag hier offen gelassen werden.

Machttrieb

Als das Glück der späten Geburt Beanspruchender mag man, wenn auch mit Schwierigkeiten, Mitterrands Argumentation, dass die Zugehörigkeit zur Vichy-Administration kein Grund zur automatischen Verurteilung sei, akzeptieren. Kaum nachzuvollziehen ist indessen die Idee, ausschlaggebend für das Urteil sei, ob der Handelnde *«an Verrat gedacht habe»*, ein Vergehen, von dem Mitterrand seine Kameraden und Kontakte ausnimmt und sich dabei offensichtlich eine Selbstentlastung für die Vichy-Zeit verschafft.

«What prevails in politicians, finally, is the gross and sometimes immeasurable appetite for power.» Mario Vargas Llosa in seiner Autobiographie *«A Fish in the Water»*².

«Je ne puis être un chef que par la ruse ou par la terreur, ou grâce aux réseaux impitoyables de l'inhumain, mais alors quelle force est en moi, et qu'on me laisse ma chance, je la sens digne de gouverner.» François Mitterrand in einem Brief von 1943, zitiert in der Biographie von Péan.

Ohne jeden Selbstzweifel drängt Mitterrand von seinen frühesten politischen Gehversuchen an zur Macht. Studienkameraden beschreiben ihn als jemanden, *«der nicht verlieren kann»*. Mitterrands Machttrieb und sein Verständnis von Macht, bei deren Ausübung ihn auch, wie seine Charakterisierung von Bousquet aufzeigt, Brutalität anzieht, kennen keine Restriktionen. Anders als Vargas Llosa interessieren Mitterrand nicht die Verführungen der Macht und die Notwendigkeit von *«checks and balances»*, sondern nur die Ausübung, ja Auskostung der Macht.

Bei den Wahlen von 1947 ist, so Péan, der Sieg Mitterrands Hauptziel, die Etikette, unter welcher der spätere Sozialist dies erreichen will, ist zweitrangig. *«Mit-*

.....
Mitterrand
scheint sein
Personenurteil
auch nach drama-
tisch veränderten
Umständen nicht
zu ändern.
.....

2 Mario Vargas Llosa,
«A Fish in the Water»,
Faber and Faber,
London 1994.

terrand präsentiert sich als ein Kandidat der Rechten, unterstützt durch die klassische Rechte, durch das Zentrum, das den Tripartismus ablehnt, und durch die extreme Rechte.» Sein Programm gibt sich ultraliberal. Mitterrand tritt gegen die Nationalisierungen, gegen Staatsinterventionismus und Bürokratie an.

Mit der erfolgreichen Wahl nach der Befreiung Frankreichs nimmt des jungen Mitterrand Karriere der fliegenden Wechsel zwischen Kollaboration, Untergrund und Parlamentarismus, zwischen Nationalismus, Rechtsopportunismus und demokratischer Rechte ein vorläufiges Ende. Unter anderen Parteiinsignien wird sich diese verwinkelte Laufbahn weiterentwickeln und schliesslich im Elysée enden.

Péans Biographie des jungen Mitterrand mag in der innerfranzösischen Debatte die Gemüter bei der Bewältigung des Erbes von Vichy erregen. Die peinlichen Kommentare in *«Le Monde»* geben in dieser Hinsicht ein besonders eindrückliches Exempel der intellektuellen Korruption ab. Etliche von Mitterrands späteren Weggefährten mögen sich mehr oder weniger willig einer Neubeurteilung von dessen Rolle in Vichy widmen. Allianzen und Präferenzen mögen aus der durch die Biographie bereicherten Retrospektive neu gewichtet und gedeutet werden, und der sterbende alte Mann im Elysée mag sich weiterhin seinen kameradschaftlichen Nostalgien hingeben.

Dies alles ist von zweitrangiger Bedeutung. Wichtig und überragend an Péans Biographie ist – einmal mehr – die Lektion, wozu die Menschen um der Macht willen fähig sind. Hätte Mitterrand in Hitlers Deutschland oder Stalins Sowjetunion gelebt und nicht das Glück gehabt, in einem von den Vereinigten Staaten und Grossbritannien befreiten Frankreich politisch gross zu werden, es bedürfte keiner grossen Phantasie, sich vorzustellen, zu welchen Höhen beziehungsweise Tiefen ihn sein grenzenloser Machttrieb geführt hätte. Nur eine Bürgergesellschaft, auch wenn sie wie im Falle Frankreichs erst im Werden begriffen ist, hat die Kraft, mit den Dämonen der Macht wirksam zu Rande zu kommen. ♦